

## DEUTSCHLAND

## Schwerer Koalitionskrach um Altersteilzeit

BERLIN. Mit Plänen für eine Ausweitung der Altersteilzeit hat die SPD einen Konflikt in der großen Koalition ausgelöst. Die CDU lehnte die Pläne strikt ab, Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff sprach sogar von einem „Bruch des Koalitionsvertrags“. Die SPD ist für eine Verlängerung der Ende 2009 auslaufenden Regelung der staatlich geförderten Altersteilzeit bis 2015.

## Maget contra Beckstein

MÜNCHEN. Die bayerische SPD zieht mit ihrem Fraktionschef Franz Maget an der Spitze in den Landtagswahlkampf. Dreieinhalb Monate vor der Wahl am 28. September wurde Maget am Sonntag auf einem Parteitag in München mit 98,4 Prozent der Stimmen zum Herausforderer von Ministerpräsident Günther Beckstein (CSU) gekürt. dpa

## EUROPA

## Der Kosovo hat seine eigene Verfassung

PRISTINA. Der jüngste europäische Staat besitzt seine erste eigene Verfassung: Der Präsident des Kosovos, Fatmir Sejdiu, setzte mit seiner Unterschrift gestern in Pristina ein neues Grundgesetz in Kraft. „Heute ist ein historischer Tag“, weil das Kosovo damit seine Eigenstaatlichkeit endlich erreicht hat, sagte er.

## Abschiedstee in Windsor

LONDON. US-Präsident George W. Bush ist gestern zur letzten Etappe auf seiner Europareise in London eingetroffen. Der amerikanische Präsident traf mit seiner Frau Laura zu einem traditionellen „Afternoon Tea“ mit Queen Elizabeth II. auf Schloss Windsor ein.

## WELT

## Mugabe: Wir sind bereit, in den Krieg zu ziehen

HARARE. Im Kampf um den Machterhalt schreckt Simbabwe Präsident Robert Mugabe auch nicht vor einem Bürgerkrieg zurück, um einen Sieg der Opposition zu verhindern. Wenige Tage vor der Stichwahl drohte er: „Wir sind bereit, in den Krieg zu ziehen!“

## Rice wirbt um Vertrauen

RAMALLAH. US-Außenministerin Condoleezza Rice hat den Siedlungsbau Israels kritisiert. Nach einem Treffen mit Palästinenserpräsident Abbas sprach sie sich gegen Entscheidungen aus, die negative Auswirkungen auf den Friedensprozess haben könnten. „Wir müssen Vertrauen schaffen“, sagte sie. dpa

## MENSCHEN

## Volker Ratzmann (48)

bewirbt sich bei den Grünen um die Nachfolge des scheidenden Parteivorsitzenden Reinhard Bütikofer.



Nach dem Europa-Abgeordneten Cem Özdemir meldete auch der Berliner Landespolitiker Volker Ratzmann seine Bewerbung an. Beide gelten als Mitglieder des Reformflügels.

Die Entscheidung fällt auf einem Bundesparteitag im November. Als sicher gilt, dass die amtierende Grünen-Vorsitzende Claudia Roth dort wiedergewählt wird. Der Rechtsanwalt ist seit 2003 einer der beiden Fraktionschefs der Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus. Foto: dpa

Redaktion: Dirk Breyvogel

## Thema des Tages SPD

Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck ist weiterhin im Umfragetief. Derweil wird hinter den Kulissen offenbar eine Kanzlerkandidatur von Frank-Walter Steinmeier vorbereitet.



SPD-Chef Kurt Beck (rechts) mit seinen Stellvertretern Andrea Nahles und Frank-Walter Steinmeier. Symbolhaft für die Kanzlerkandidaten-Frage wendet sich Nahles hier im vorigen Monat Kurt Beck zu. Archivfoto: dpa

## SPD-Vize Nahles warnt: Versetzung gefährdet

Neue Spekulationen um eine Kanzlerkandidatur Frank-Walter Steinmeiers

BERLIN. Die stellvertretende SPD-Chefin Andrea Nahles hat ihrer Partei ein schlechtes Zeugnis ausgestellt und mehr Zusammenhalt verlangt. Gemessen am Erscheinungsbild vor den Sommerferien wäre die SPD derzeit „versetzungsgefährdet“, sagte Nahles gestern im Deutschlandfunk.

Die Partei müsse selbstbewusster auftreten und eigene Erfolge in der Koalition besser verkaufen. „Ich glaube, dass man die Teamleistungen der SPD-Spitze noch verbessern muss.“ Zugleich gab es am Wochenende neue Spekulationen über eine mögliche Kanzlerkandidatur von Außenminister Frank-Walter Steinmeier.

Nahles, die zur Parteilinken

zählt, stärkte SPD-Chef Kurt Beck in der Kandidatenfrage den Rücken. Sie hoffe, dass Beck nach der Bundestagswahl im September 2009 nächster Kanzler sei.

„Die Teamleistung der SPD-Spitze muss man noch verbessern“

Andrea Nahles, SPD-Vize

Die SPD habe sich auf ihren Kandidaten aber noch nicht festgelegt. „Das entscheiden wir im Herbst“, sagte Nahles. Nach Informationen der „Welt am Sonntag“

verdichten sich die Anzeichen, dass Steinmeier gegen CDU-Chefin Angela Merkel antritt. Der Außenminister gehört wie Nahles zur Riege von Beck's Stellvertretern.

Der Sonntagszeitung zufolge arbeiten Außenamtsstaatssekretär Heinrich Tiemann und der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Thomas Oppermann, in Steinmeiers Auftrag seit Wochen an Eckpunkten für ein mögliches Wahlprogramm. Bei einer Kandidatur des Außenministers solle sichergestellt sein, dass die Reformpolitik der „Agenda 2010“ aus der Ära von Altkanzler Gerhard Schröder fortgesetzt werde. Ein weiterer Linksruck der SPD solle verhindert werden. dpa

## Erneut Geheimpapiere im Zug gefunden

Pannenserie in Großbritannien – Akten zeigen, wie Terroristen an Geld gelangen

LONDON. In Großbritannien sind zum zweiten Mal innerhalb einer Woche brisante Geheimpapiere in einem Zug gefunden worden.

Die Regierungsdokumente mit Informationen über die britische Politik zur Bekämpfung der weltweiten Terrorfinanzierung sowie über Drogenhandel und Geldwäsche waren der Zeitung „Independent on Sunday“ übergeben worden, wie das Blatt gestern berichtete.

Die Zeitung habe die Papiere wieder an das Finanzministerium zu-

rückgegeben. Das Ministerium äußerte sich „sehr besorgt“ über die Datenpanne und kündigte Ermittlungen an.

Die Geheimpapiere waren nach Angaben der Zeitung in einem Zug gefunden worden, der zum Londoner Waterloo-Bahnhof unterwegs war. Am selben Tag waren schon der BBC hochgeheime Regierungsdokumente unter anderem über das Terrornetzwerk El Kaida zugekommen, die aller Wahrscheinlichkeit nach ein Regierungsbeamter in ei-

nem Zug in London hatte liegen lassen.

In den neuen Akten sollen Details zu Manipulationsmöglichkeiten von Banksystemen vor illegalen Finanzierung von Massenvernichtungswaffen im Iran stehen. Ebenso würden Methoden zur Finanzierung von Terroristen und zum betrügerischen Missbrauch des internationalen Zahlungssystem im Internet offengelegt. Einzelheiten wollte das Blatt aus Sicherheitsgründen nicht veröffentlichen. dpa

## Karsai will Taliban-Kämpfer in Pakistan jagen

Afghanischer Präsident fordert Recht auf Selbstverteidigung – Aufständische befreien 900 Häftlinge in Kandahar

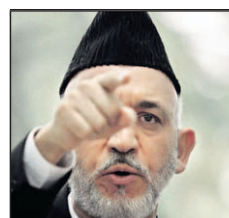
KABUL. Die Taliban-Kämpfer kamen im Schutz der Dunkelheit. Gegen 22 Uhr zerriss ein ohrenbetäubender Knall die Stille der Nacht im südafghanischen Kandahar.

Vor dem Tor des Gefängnisses am Stadtrand hatten Selbstmordattentäter einen mit fast zwei Tonnen beladenen Lastwagen in die Luft gesprengt. Die Wucht der Explosion zerstörte das Eingangsportale und riss mindestens neun Polizisten mit in den Tod. Dann rollte die zweite Angriffswelle. Bewaffnet mit Maschinengewehren und Mörsergranaten befreiten mehrere Dutzend Aufständische fast 900 Insassen aus der Haftanstalt, darunter 389 radikalislamische Gesinnungsgenossen.

Die Sicherheitskräfte schienen von dem Sturmangriff der Taliban in der Nacht zu Samstag völlig überrascht worden zu sein. „Die Attacke war von langer Hand geplant“, sagte der Chef des Provinzrates von Kandahar, Ahmed Wali Karsai, ein Bruder von Präsident Hamid Karsai. Angreifer und Insassen hätten sich mit Mobiltelefonen abgestimmt. Daher sei nach nur einer Viertelstunde bereits alles vorbei gewesen.

Die unmittelbar nach Bekanntwerden des Ausbruchs eingeleitete Fahndung afghanischer und ausländischer Sicherheitskräfte blieb indes

weitgehend erfolglos. Als Straßensperren errichtet und Hubschrauber in der Luft waren, hatten sich die Ausbrecher und ihre Befreier längst in die unwegsamen Berge der Regi-



„Taliban-Kämpfer sind gekommen, um zu töten. Wir haben das Recht, das gleiche zu tun“

Präsident Hamid Karsai

on zurückgezogen, die den Taliban seit Jahren als Rückzugsraum dienen.

Der afghanische Präsident Karsai

## „Bund soll VW-Aktien kaufen“

Wie geht es weiter mit dem VW-Gesetz? Mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Jochen-Konrad Fromme (Salzgitter-Wolfenbüttel) sprach Christian Kerl.



Herr Fromme, die EU-Kommission hat ein neues Verfahren wegen des VW-Gesetzes eröffnet. Wie groß ist Ihre Sorge, dass das Gesetz doch noch scheitert?

Das neue Beanstandungsverfahren der EU-Kommission gilt nicht dem neuen Gesetzentwurf, sondern der Tatsache, dass die Novellierungspläne offiziell noch nicht in Brüssel angekommen sind. Jetzt fragt die EU-Kommission, was geplant ist. Und: Es geht in der Diskussion nur noch um die Sperrminorität – liegt sie bei 20 Prozent wie auch im neuen VW-Gesetz, oder bei 25 Prozent, wie es der Regelfall im Aktienrecht ist? Es handelt sich um ein Minderheitenrecht, das ist etwas ganz Normales. Ich bin sicher, dass der Bundestag das Gesetz so bis Ende des Jahres beschließt.



Jochen-Konrad Fromme

Dennoch: EU-Binnenmarkt-Kommissar McCreevy will diese Sperrminorität von 20 Prozent kippen, droht mit einer neuen Klage. Was dann?

Ich kann Herrn McCreevy nicht verstehen. Auch ein Kommissar muss das Urteil des Europäischen Gerichtshofs akzeptieren. Ich bin sicher, dass die Novelle mit dem Urteil übereinstimmt. Es gäbe aber immer noch eine andere Möglichkeit: Dass die öffentliche Hand den Anteil von 20 auf 25 Prozent aufstockt. Ich bin aber dagegen, dass das Land das tut – das würde nur das Konfliktpotenzial zwischen Land und Porsche erhöhen. Deshalb habe ich vorgeschlagen, dass der Bund einen Anteil von fünf Prozent mit Hilfe der KfW-Bank erbt.

Kritiker warnen vor einer neuen Verstaatlichung...

Es geht mir nicht um Verstaatlichung, sondern um die Sicherstellung eines Minderheitenschutzes – auch um Standorte gegen den Mehrheitsaktionär zu sichern. Eine Erhöhung würde unabhängig vom Ausgang des Verfahrens die Prozesslust der Beteiligten senken.

In keinem anderen Land Europas würde es passieren, dass ein Partner den anderen bei der EU verklagt. Insofern kritisiere ich das Verhalten von EU-Kommissar Verheugen, der das Vorgehen unterstützt hat.

hat nach dem Angriff in Kandahar angekündigt, den Anti-Terror-Kampf auf Pakistan auszuweiten. „Taliban-Kämpfer sind von dort über die Grenze gekommen um zu töten. Wir haben das Recht, das gleiche zu tun“. Operationen von afghanischen Truppen in Pakistan sind nicht ganz neu, doch nun gibt Karsai dies erstmals offen zu. Afghanistan sei ein Opfer des Terrorismus, der auf der pakistanischen Seite der Grenze seinen Ursprung habe, sagte er. Tausende Taliban-Kämpfer würden von dort entsandt, daher habe sein Land ein Recht auf Selbstverteidigung. dpa